



Brüssel, den 5. Oktober 2018
(OR. en)

**Interinstitutionelles Dossier:
2017/0312(NLE)**

**12551/18
ADD 1**

**RECH 396
COMPET 626
ATO 64**

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil)/Rat

Betr.: Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2019-2020) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation Horizont 2020 und zur Aufhebung der Verordnung (Euratom) Nr. 1314/2013 des Rates

- Annahme
- Erklärungen der luxemburgischen und der österreichischen Delegation

Erklärung der luxemburgischen Delegation

Luxemburg ist sich der Bedeutung des Programms der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2019-2020) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation "Horizont 2020" und der Notwendigkeit bewusst, die nukleare Sicherheit verstärkt in den Vordergrund zu rücken und so zu einer Neuausrichtung bei der Kernforschung beizutragen. Daher nimmt Luxemburg zwar den Kompromisstext wohlwollend auf, bleibt jedoch bei seiner kritischen Haltung zur Kernforschung.

Allerdings weist Luxemburg nachdrücklich darauf hin, dass in Zukunft die für Forschungs- und Ausbildungsaktivitäten bestimmten europäischen Mittel stärker auf die erneuerbaren Energien ausgerichtet werden müssen.

Da mit dem Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2019-2020) keine Neuausrichtung auf die erneuerbaren Energien in die Wege geleitet wird, kann Luxemburg dem Programm nicht in seiner Gesamtheit zustimmen und enthält sich folglich bei der Abstimmung der Stimme.

Erklärung der österreichischen Delegation

Österreich ist während der Verhandlungen über das Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung (2019-2020) einem konstruktiven Ansatz gefolgt, damit die Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Gefahrenabwehr für die Bürgerinnen und Bürger Europas und ihre Umwelt fortgesetzt werden können.

Die allgemeine Ausrichtung entspricht inhaltlich dem derzeit laufenden Programm (2014-2018). Deshalb bleibt der Standpunkt Österreichs ebenfalls unverändert. Österreich begrüßt, dass im gesamten Text die Aspekte der Sicherheit und der Gefahrenabwehr vermehrt in den Vordergrund gestellt werden. Es steht jedoch einer Finanzierung oder jedweder Form der Unterstützung von Kernkraftwerken durch die EU nach wie vor sehr kritisch gegenüber. Daher enthält sich Österreich der Stimme.
